

Für Sangerhausen GEHLMANN

Info-Brief

zur Oberbürgermeisterwahl am 14. April 2024
- an alle Haushalte der Stadt Sangerhausen und Ortsteile -

offen
ehrlich
einigend

Seite 1 Zur Person - Mein Weltbild
Für gesunde Finanzen

Seite 2 Sozialabbau abwehren,
Ortsteilentwicklung fördern,
Energiewende stoppen

Seite 3 Industriepark,
Infrastruktur,
Kreisumlage

Seite 4 unbequem ist
rechtsextrem,
Flüchtlingspolitik

Mein Weltbild



Andreas Gehlmann
Dipl.-Ing (FH), Maschinenbau-Ingenieur

Liebe Bürgerinnen und Bürger, zu meinem Weltbild gehört, die Welt stets so zu erkennen, wie sie wirklich ist, ohne Scheuklappen, Ideologie oder Glaube. Politik hat in diesem Weltbild einen festen Platz, nämlich: für die Leute da zu sein, sich für ein friedliches Miteinander zwischen den Völkern und für den Wohlstand des eigenen Volkes einzusetzen. Frieden, Sicherheit und ein bescheidener Wohlstand sind ehrbare Ziele. Doch das alles ist mit der falschen Europolitik (2013) und der unkontrollierten Flüchtlingsbewegung (ab 2015) in eine gefährliche Schiefelage geraten. Der Unmut im Volk führte zur Gründung der AfD und weiterer Parteien.

Was hat mein Weltbild mit der Kandidatur zum Kommunalpolitiker zu tun? Sehr viel! Durch meine Erfahrungen im Landtag, Kreistag und Stadtrat weiß ich: 90 Prozent des Tuns eines Bürgermeisters sind vorgegeben und in Gesetzen, Verfügungen und Verordnungen geregelt. Der Spielraum ist gering, den der Einzelne ausfüllen kann.

Dennoch gibt es eine Reihe von Möglichkeiten für Frieden, Sicherheit und einen bescheidenen Wohlstand einzutreten. Lesen Sie den Info-Brief und erfahren, wie ich meine Möglichkeiten für gesunde Finanzen, Wirtschaftswachstum, Ortsteilentwicklung und Sozialeistungen nutzen möchte. Dafür setze ich mich mit ganzer Kraft ein und das verspreche ich Ihnen.

Für gesunde kommunale Finanzen

Sparprogramme und Haushaltssperren sind politisch gewollt.

einander ab. Doch die Mittel sind ausgereizt, es bleibt die Flucht in die Schulden. Was Sangerhausen braucht, ist Wertschöpfung und die ist ausgeblieben.

Durch meine Erfahrungen im Landtag und Kreistag kann ich sagen: Diese Entwicklung ist politisch gewollt. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) sollte strukturschwachen Regionen helfen, mit gesunden kommunalen Finanzen auf eigenen Beinen stehen zu können. MSH könnte zur Sonderwirtschaftszone mit niedrigen Steuersätzen und Sonderabschreibungen erklärt werden. Doch das bleibt mit der jetzigen Landesregierung aus. Herr Haseloff sitzt das aus. Wer das ändern möchte, muss zur nächsten Landtagswahl diese Politik abwählen.

Dennoch ist das nicht aussichtslos. Als Oberbürgermeister habe ich die Chance, auf allen Ebenen in Richtung Landesregierung zu eskalieren, mir Gehör zu verschaffen, politischen Druck aufzubauen, eben unbequem zu sein. Und wenn es um Fördermittel oder Finanzen aus dem Kohleausstieg geht, werde ich zuerst an Sangerhausen denken und mich dafür einsetzen. Es lohnt sich, um jeden Euro zu kämpfen. Das verspreche ich.



Sozialabbau abwehren

Angriff auf Pflichtleistungen entgegnetreten.

Mitteldeutsche Zeitung 12.01.2024

Kostenexplosion im Pflegeheim

Wenn das Heim arm macht

Mitteldeutsche Zeitung 04.01.2024

Die Kosten für Pflege explodieren – immer weniger können das aus eigener Tasche bezahlen. Hans-Joachim Lindaus Frau war schwer dement und seit April in einer Einrichtung in Halle. Der 81-Jährige rechnet vor, wie die Kosten die Renten auffressen.

armutsgefährdet. Dieser Entwicklung steht jeder Bürgermeister fast ohnmächtig gegenüber. Deshalb sage ich: Wer den Sozialabbau stoppen will, muss bei der Bundestagswahl 2025 die Ampel abwählen. Als Oberbürgermeister werde ich mich gegen jeden Angriff auf kommunale Pflichtleistungen stellen. Feuerwehren, Grundschulen, Kindertagesstätten, Abwasserbeseitigung, Sporteinrichtungen bleiben tabu. Offen und ehrlich gesagt: Bei mir wird es keine Kürzungen von Pflicht- und freiwilligen Leistungen geben.



Sangerhausen braucht Wertschöpfung und gesunde Finanzen und keinen „Rotstift“.

Für Sangerhausen
GEHLMANN offen
ehrl
einigend

Ortsteilentwicklung fördern

Ortsteile brauchen Perspektive und Gleichbehandlung zur Kernstadt.

Der Anschluss der 14 Ortsteile in die Einheitsgemeinde Sangerhausen vor etwa 20 Jahren verlief unter keinem guten Stern. Es bestand der Eindruck, dass die Dorfbevölkerung mehr für den Status als Kreisstadt und des Amtes eines Oberbürgermeisters erhalten sollte. Die Eingliederungsverträge warteten jahrelang auf eine Einlösung. Mit dem damaligen CDU-dominierten Stadtrat, dem Stadtbaudirektor Schweiger und den Oberbürgermeister Poschmann gab es keine sichtbare Absicht.

Der Unmut der Ortsteile zur Ungleichbehandlung wuchs und es gründete sich die Bürgerinitiative Ortsteile (BOS) und zog mit einer beachtlichen Fraktionsstärke in den Stadtrat ein. Das veränderte die Situation, denn die Ortsteile hatten fortan nicht nur „Mitspracherecht“, sondern „Mitentscheidungsrecht“.

Bis heute ist die Eingemeindung nicht abgeschlossen. Ich erinnere an den Ortsteil Wolfsberg, der mit einer Klage gegen die Stadt drohen musste, um die Sanierung des Waldbades durchsetzen zu können.



Als Riestedter weiß ich, wie wichtig Brauchtum, Sozialstatus, Eigenart und Charakter der Ortschaften sind. Ich werde diese Vielfalt fördern und nicht bremsen. Sangerhausen wird damit noch bunter.

Energiewende stoppen

Bürgerwille beachten! Keine Windräder in Riestedt und Breitenbach.

Deutschland braucht die Energie von Windrädern in Riestedt und Breitenbach nicht? Wir verfügten bis 2022 über einen ausgewogenen Energiemix. Mansfeld-Südharz ist durch seine politische gewollte Deindustrialisierung seit Jahren CO₂-neutral und kann sich über die erzeugte Windkraftenergie im Landkreis seit Jahren selbst versorgen.

Wenn die Ampelregierung in die Energieversorgung eingreift (Ausstieg aus den günstigen Energieverträgen mit Russland, Abschalten der Kernkraftwerke, Ausstieg aus der Braunkohle), braucht sich keiner über Energieknappheit und übertriebene Preise wundern. Und das alles, weil Deutschland mit der Energiewende die Welt vor ihrem sicheren Untergang retten will.

Das lebenswichtige Spurengas Kohlendioxid wurde zum Sündenbock gemacht. Aber die wenigsten wissen, dass der deutsche Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß bei

0,000.028 Prozent liegt.



Der Wähler hat es in der Hand. Bürgerproteste sind ein sicherer Weg, um Windparks verhindern zu können. Doch passen Sie auf. Wer sich für den Kandidaten der vergrünenden CDU entscheidet, erhält die grüne Energiewende für Sangerhausen. Schauen Sie genau auf den Kandidaten, ob er Ihr Vertrauen rechtfertigt.

Ampel abwählen - keine Windräder in Sangerhausen



Ortsteil	Windrad	Josephskreuz
Fernsehturm Berlin	Windräder Riestedt	Auerberg
368 m	260 m	38 m

Für Sangerhausen
GEHLMANN offen
ehrl
einigend

Der Industriepark Mitteldeutschland (IPM) war die Hoffnung auf gut bezahlte Arbeitsplätze für eine Generation junger Fachkräfte. 2008 gestartet, stand er von Anfang an unter keinem glücklichen Stern, denn Anfang der 2020er-Jahre war für jeden erkennbar: „Die Hoffnung ist mausetot“. 13 Jahre wurde ein Projekt verfolgt, das hätte nie geplant werden dürfen, denn die Naturschutzbelange waren von Anfang an bekannt.

Warum skizziere ich hier die Historie? Politisch hat die CDU über drei Wahlperioden das Vorzeigeprojekt IPM vor sich hergetrieben, Wahlkämpfe mit dem Argument „wirtschaftlicher Kompetenz“ geführt und die Oberbürgermeisterwahl gewonnen. 5 Millionen Euro Steuergelder sind an Projektkosten verloren gegangen. Zu meinem Weltbild gehört der Rückblick in die Vergangenheit, um daraus realistische Schritte für die Zukunft ableiten zu können.

Mit einer neuen Machbarkeitsstudie 2022 wird der IPM an einer neuen Stelle - westlich von Sangerhausen - aufgebaut. Inzwischen liegen Fördermittelbescheide vor und sofort schäumt CDU und SPD mit Begriffen wie „Leuchtturmprojekte“, „Signalwirkung für Mitteldeutschland“. Somit sollen neue Hoffnungen genährt und politisch genutzt werden.



Das neue IPM-Projekt werde ich mit ganzer Kraft unterstützen, denn Sangerhausen braucht Wertschöpfung. Mit dem Zeitpunkt der Eröffnung halte ich mich zurück, denn die jetzige Projektierung geht von 2030 aus. Bis dahin ist die zweite Generation von jungen Fachkräften für Sangerhausen verloren.

Hoffnungsbringer Industriepark

Eine Generationen hat vergeblich auf Arbeitsplätze gehofft.

Hoffnung ist mausetot

Mitteldeutsche Zeitung 08/09.08.2020

Infrastruktur - Spiegel verfehlter Ausgabenpolitik

Druckaufbau, statt neue Hoffnungen wecken.



Ortsteil und auch die Kernstadt ist davon betroffen. Jede dritte Straße ist verschlissen, der Sanierungs- und Investitionsstau in MSH wird auf eine Milliarde Euro geschätzt. Der Zerfall von Landstraßen schreitet schneller voran als durch notdürftige Sanierungen ausgeglichen werden kann und das im „besten Deutschland aller Zeiten“.

Es ist für jeden offensichtlich: Wenn Milliarden Euro in einen sinnlosen Krieg fließen, Milliarden in eine unkontrollierte Migrationspolitik gesteckt werden und Milliarden in eine katastrophale Energiewende laufen, dann braucht sich keiner zu wundern, dass die Mittel für die Infrastruktur fehlen. Unter der Ampel-Regierung erreicht der Transfer - von in Deutschland erarbeitetem Wohlstand - ins Ausland immer neue Höchststände. Wir brauchen eine generelle Neuordnung der Zuweisungen. Jeder Bürger hat es aber in der Hand, mit der nächsten Wahl zum Bundestag und Landtag diese Entwicklung umzukehren.

Druckaufbau der Kommunen gehört zur politischen Willensbildung in einem demokratischen Rechtsstaat. Die wenigen Prozentpunkte die ein Oberbürgermeister zur Entscheidung hat, werde ich lautstark für die Sanierung der landes- und kreiseigenen Infrastruktur einsetzen wie die bucklige Landstraße 231 zwischen Wettelrode und Hayn. Die Sanierung städtischer Projekte wie die Abschlussanierung im Ortsteil Oberdorf werde ich priorisieren. Ich werde aber keine neuen Hoffnungen wecken oder dem Glauben eine neue Chance geben. Das soll Sache der anderen Kandidaten sein.

Der Zustand von Straßen und Brücken ist ein Spiegelbild falscher Ausgabenpolitik. Jeder

Die Klagen gegen die Kreisumlage der letzten Jahre sind Folge einer politisch gewollten und inzwischen chronischen Unterfinanzierung strukturschwacher Gemeinden. Es hat lange gedauert, bis Stadträte und Oberbürgermeister zu der Erkenntnis kamen, dass die Hebesätze für die Kreisumlage hinterfragt und nur der Rechtsweg ein Ausweg sein kann.

Klagen gegen Kreisumlage - Spitze vom Eisberg

Jahrelange Unterfinanzierung musste zum Rechtsstreit führen.

Mitteldeutsche Zeitung 28.07.2023

Landrat verklagt das Land

SCHULDENBERGE Lässt der Finanzminister die Kommunen ausbluten? Eine Verfassungsbeschwerde könnte weitreichende Folgen für ganz Sachsen-Anhalt haben.

Die Gerichtsentscheidung hat den Vorteil, dass zu viel bezahlte Beiträge (40 Millionen Euro) an die Gemeinden zurückgezahlt werden müssen und zukünftig die Hebesätze den tatsächlichen Finanzbedarf zu berücksichtigen haben. Mehrere Landkreise haben gegen die Landesregierung geklagt, um deren Notlage auf dem Rechtsweg anzuerkennen. Der Druck war groß genug und Haseloff musste reagieren. Eine Überweisung an MSH von 20,9 Millionen Euro folgte als Soforthilfe und sichert für die nächsten Monate das Überleben. Fremdfinanzierung auf Raten: Entscheiden Sie selber, ob das ein echter Durchbruch oder nur ein Pyrrhussieg ist. Wenn die Finanzierung des Landkreises nicht ausreicht - und so ist es wirklich -, dann muss sich der Landrat für den Rechtsweg entscheiden und gegen die Landesregierung klagen.



Eine kommunale Ausfinanzierung von Sangerhausen hat Vorrang gegenüber einer abzuführender Kreisumlage. Anders formuliert: „Sangerhausen first“.

Für Sangerhausen
GEHLMANN offen
ehrlich
einigend

Unbequem ist rechtsextrem

Demonstrationen für die Regierung sind in Demokratien untypisch.



In deutschen Städten kam es zu regierungsnahen Demonstrationen, so auch in Sangerhausen. Die Bundesregierung ruft zu Massenprotesten auf: Die Anständigen sollen „gegen Rechts“ auf die Straße gehen. Zur gleichen Zeit demonstrieren Bauern und Mittelständler gegen die Ampelpolitik und werden als „Rechtsextremisten“ abgestempelt. Es ist paradox: Viele folgen diesem Ruf, aber Umfragen und die Berliner Wiederholungswahl zeigen deutliche Zugewinne für die AfD und Verluste für SPD und FDP.

Die Ampelregierung demonstriert ihr eigenes Versagen, denn die Aufmärsche lösen keines der Probleme im Bund, den Ländern und Kommunen. Das Muster ist einfach: wer nicht für uns ist, ist gegen uns und wer gegen uns ist, ist rechts. Die Regierungspropaganda erreicht das Gegenteil, das Parteiensystem bricht auseinander und bildet den Unmut der Wähler ab: Links gründet sich das Bündnis Sahra Wagenknecht und rechts der konservative Ableger der CDU, die Werteunion. Die erwünschten Wirkungen blieben aus. Für eine rot-grüne Politik gibt es keine gesellschaftliche Mehrheit.



Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren. Als Oberbürgermeister werde ich mich aber nicht instrumentalisieren lassen und den „Kampf gegen rechts oder links“ anführen. Leider war das in der Region erkennbar: Bürgermeister verletzen ihre Neutralitätspflicht und instrumentalisieren das Amt des BÜRGER MEISTER für ideologische Ziele.

Während Sie diese Zeilen lesen, reisen Menschen aus allen Teilen der Welt nach Deutschland ein, um Asyl zu beantragen. In MSH sind es wöchentlich 25. Das gab es doch immer, werden Sie sagen. Aber nein, in diesen Dimensionen gab es das eben nicht. In Merkels Herbst 2015 waren es 1,1 Millionen Flüchtlinge, jährlich wuchs die Zahl und 2023 waren es 2,66 Millionen. Die rot-grüne Politik läuft darauf hinaus, jedem, der es über die Grenze schafft, so schnell wie möglich über die Einbürgerung zum Wahlberechtigten zu machen und damit unumkehrbare Tatsachen zu schaffen.

Öffentlich ist bekannt, dass 300.000 rechtskräftig abzuschiebende junge Syrer in Deutschland leben, die nicht arbeiten wollen. Das ist erstaunlich, denn jeder weiß, dass ein Massenzugung junger Männer aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika zu immensen Problemen führt. Es geht nicht um Ausländerfeindlichkeit, es geht um Abzocke, Leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, Gewalttätigkeit, Prellerei und Verbrechen.



Die unkontrollierte Masseneinwanderung muss gestoppt werden. Das zu ändern liegt aber nicht in der Hand eines Oberbürgermeisters. Wer das ändern möchte, muss zur nächsten Bundestagswahl die Ampelregierung abwählen. Wer ein Bleiberecht hat, muss schnell in die Arbeit integriert werden, auch für gemeinnützige Zwecke. Wer kein Bleiberecht hat, tritt die Rückreise in seine Heimat an.

Flüchtlingsschwallen stoppen

Landkreis MSH bleibt mit 1,6 Millionen Euro auf Kosten sitzen.



Für Sangerhausen GEHLMANN



Ihre Stimme am 14. April

**offen
ehrlich
einigend**



Herausgeber:
Andreas Gehlmann
Friedrich-Schmidt-Straße 2
06526 Sangerhausen

Bilder: Pixabay, Shutterstock

Tel: 0152 3827 5424

andreas.gehlmann@gmx.net

<https://facebook.com/afdgehlmann>